

Dokumentation

Berichtszeitraum
April – Mai 2005

Außenpolitik

Karsten Giese / Katrin Willmann

1 Werden China und Indien bald gemeinsam marschieren?

Noch vor zwei Jahren sah man in Indien China als Bedrohung, nun streben beide Länder, die zwar eine ganze Reihe gemeinsamer Interessen haben, zugleich aber auch Konkurrenten sind, eine umfassende Partnerschaft an. Diese Wende war während des Besuchs des damaligen indischen Ministerpräsidenten Vajpayee in China im Sommer 2003 eingeleitet worden. Einen wirklichen greifbaren Durchbruch stellte aber trotz allen ganz offensichtlich auf beiden Seiten vorhandenen guten Willens auch die Indienreise Wen Jiabaos in der ersten Aprilhälfte dieses Jahres nicht dar.

Indien sah sich in letzter Zeit zunehmend umworben. Japan und die USA suchten in dem Land einen Partner, der ein Gegengewicht zur Volksrepublik China bilden könnte. China auf der anderen Seite ist bemüht, den großen südlichen Nachbarn in seine Strategie zur Schaffung einer Allianz gegen die Vormacht der USA und zur Veränderung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung einzubin-

den. Dass diese Perspektive für Indien durchaus nicht unattraktiv ist, beweist die Äußerung des indischen Premiers Singh, wonach Indien und China gemeinsam die Weltordnung umgestalten könnten.

Zwischen beiden Staaten standen und stehen immer noch ein insgesamt geringer Kenntnisstand über den jeweils anderen und ein tiefes Misstrauen, das sich insbesondere auf nicht gelöste Territorialprobleme, Chinas Partnerschaft mit Pakistan und die Tatsache gründet, dass Indien dem Dalai Lama Aufenthalt gewährt. Mit der jetzt vertraglich begründeten strategischen Partnerschaft zur Stärkung des Friedens und für beiderseitigen Wohlstand ist man nunmehr jedoch auf dem besten Wege, die alten Streitigkeiten auszuräumen. Auf beiden Seiten des Himalaya hat sich die politische Erkenntnis durchgesetzt, dass beide von einer wirklichen Kooperation mehr profitieren werden als von Rivalität. So muss zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt wohl die Annäherung der beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Welt interpretiert werden.

Bereits im Januar hatten China und Indien einen ersten strategischen Dialog in Neu-Delhi veranstaltet. Der Besuch Wen Jiabaos bei seinem indischen Amtskollegen Manmohan Singh brachte nun erste Ergebnisse. Insbesondere die chinesische Seite war offensichtlich bemüht, durch Zugeständnisse das Vertrauen zu stärken. Im Hinblick auf die ungelösten Territorialfragen wurde eine Roadmap zu deren Beilegung verabschiedet. Erstmals verzichteten beide Seiten auch formell auf die Anwendung von Gewalt zur Lösung des Konflikts. In einem entsprechenden Memorandum sollen in dieser Frage nach Auskunft Wen Jiabaos nunmehr die bestehenden Realitäten gewürdigt werden. Eine Lösung des Problems solle der Entwicklung der bilateralen Beziehungen nicht mehr im Wege stehen und solle sich in die Gesamtperspektive der globalen und strategischen Partnerschaft beider Länder einfügen.

Wen Jiabao präsentierte seinem Gastgeber beispielsweise eine Landkarte, in der Sikkim eindeutig als

Teil Indiens ausgewiesen war. Indien hatte den Kleinstaat 1975 annektiert und übt seither die Souveränität über das Gebiet aus, was von China bislang nie als rechtmäßig anerkannt wurde. Ob sich die Territorialfrage im 1962 von China besetzten Aksai Chin auf ähnliche Weise durch endgültige Anerkennung der derzeit bestehenden Verhältnisse lösen lässt, ist jedoch noch fraglich. Schließlich blieb auch China bislang die von Indien verlangte formelle Anerkennung des indischen Herrschaftsanspruchs über Sikkim schuldig, woran auch die Landkarte Wens nichts änderte.

Das größte Gastgeschenk machte Wen jedoch mit der Feststellung, China „versteh und unterstütze das indische Streben, in der UNO und in den internationalen Beziehungen eine aktive Rolle zu spielen“ – eine Äußerung, die nach einer expliziten Absage an die japanischen Ambitionen auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat gemeinhin als ausdrückliche Unterstützung gleichartiger indischer Vorstellungen gewertet wird. Von einem Vetorecht eines möglichen Sicherheitsratsmitglieds Indien war auf chinesischer Seite trotz des expliziten Wunsches Indiens nicht die Rede. Und auch im Text der gemeinsamen Erklärung zum Abschluss des Staatsbesuchs fand sich sehr zum Bedauern der indischen Regierung keine ausdrückliche Unterstützung Chinas für einen Sicherheitsratssitz Indiens mehr.

Das größte Potenzial für eine zukünftige Kooperation sehen beide Staaten auf absehbare Zeit in der Wirtschaft. Komplementäre Strukturen, Stärken und Schwächen prädestinieren die beiden Staaten insbesondere im IT-Sektor zu enger Zusammenarbeit. Wen Jiabao trug dieser Analyse durch einen Besuch der indischen IT-Hochburg Bangalore Rechnung. Eine Freihandelszone ist bereits im Gespräch. Politische Kooperationsmöglichkeiten bieten sich – wie auch schon in der jüngeren Vergangenheit praktiziert – beispielsweise im Rahmen der WTO. Dennoch bleiben viele Fragezeichen.

Einem raschen Schulterchluss der beiden Staaten stehen aus chinesischer Sicht indische Ambitionen

auf eine engere Kooperation mit der ASEAN und der SCO entgegen, die die VRCh bislang erfolgreich blockieren konnte. Indien hingegen ist die enge Beziehung Chinas zu Pakistan ein Dorn im Auge, und auch die militärisch motivierte Pflege der chinesischen Beziehungen zu Myanmar hält in Indien Einkreisungsgänge wach. (IHT, 13.4., 21.4.05; ST, 8.4., 9.4.05; WSJ, 11.4.05; SCMP, 13.4.05; PTI news agency, 31.3.05, 10.4.05, nach BBC PF, 1.4.05, 11.4.05; Xinhua, 11.4.05, nach BBC PF, 12.4.05; FAZ, 12.4., 13.4.05; NZZ, 12.4., 13.4.05) -kg-

2 Neuer Eklat zwischen China und Japan nach dem antijapanischen Protest

Was eigentlich als erster Schritt zur Beilegung der diplomatischen Krisensituation zwischen China und Japan geplant war, endete mit einem neuen Eklat. Die chinesische stellvertretende Ministerpräsidentin war am 17. Mai als höchstrangige Vertreterin der VR China seit 2003 zu einem auf acht Tage geplanten Besuch nach Japan gereist. Einen Tag vor dem letzten Besuchstag und der für diesen geplanten Unterredung mit dem japanischen Premierminister Koizumi brach sie ihre Reise unerwartet ab. Treffen mit Wirtschaftsvertretern und der Opposition hatten zuvor stattgefunden.

Aus dem chinesischen Außenministerium war im Anschluss zur Begründung zunächst nur von wichtigen Dienstgeschäften die Rede, die keinen Aufschub erlaubt hätten. Ein ansonsten im Zusammenhang mit einem solchen durchaus unüblichen vorzeitigen Abbruch eines Staatsbesuchs übliches Wort des Bedauerns gegenüber dem Gastgeberland blieb aus. Ohne einen unmittelbaren Zusammenhang mit der vorzeitigen Abreise herzustellen hieß es später jedoch, es sei sehr bedauerlich, dass während des Besuchs von Wu Yi in Japan führende Politiker wiederholt in einer Weise zum Yasukuni-Schrein Stellung bezogen hätten, die den bilateralen Beziehungen nicht förderlich seien. Es wurde aus der Stellungnahme des chinesischen Außenministeriums allerdings

nicht deutlich, an welchen Aussagen der japanischen Seite Beijing sich gestört hatte.

Einen Tag vor dem Beginn des Besuchs Wu Yis hatte der japanische Ministerpräsident in einer parlamentarischen Anhörung geäußert, er könne nicht verstehen, warum er seine Besuche des Yasukuni-Schreins einstellen solle, schließlich tue er dies als Privatperson und nicht in seiner Eigenschaft als Premierminister. Auch in der japanischen Regierung wurde offensichtlich durchaus eine Verbindung zwischen dem außergewöhnlichen Abbruch des Staatsbesuchs durch den chinesischen Gast und den zuvor getätigten Äußerungen Koizumis hergestellt, die die japanische Innenpolitik bedient hatten. Koizumi entschloss sich – offenbar nicht zuletzt mit Rücksicht auf chinesische Empfindlichkeiten – den Gefallenen Japanern in diesem Jahr bis auf weiteres nicht im Yasukuni-Schrein die Reverenz zu erweisen. Er tat dies vielmehr Ende Mai mit einer Kranzniederlegung am Grab des unbekanntenen Soldaten des säkularen Soldatenfriedhofs Chidorigafuchi. Koizumi blieb jedoch dabei, seine Besuche des Yasukuni-Schreins dürften nicht als Ehrbezeugung vor dem japanischen Militarismus der Vergangenheit missverstanden werden, und ließ damit offen, ob ein Besuch des Schreins zu einem späteren Zeitpunkt folgen werde. Der chinesischen Aufforderung nach Taten, die das japanische Bedauern für die Kriegsgreuel bewiesen, kam er damit wiederum nur bedingt nach. Der Konflikt schwelt weiter. (Kyodo News Service, 17.5.05, nach BBC PF, 18.5.05; WSJ, 24.5.05; RMRB online, 24.5.05, nach BBC PF, 25.5.05; SCMP, 23.5., 24.5., 31.5.05) -kg-

3 Strategische Partnerschaft mit Indonesien

Nachdem Ministerpräsident Wen Jiabao auf dem indischen Subkontinent erfolgreich Bündnisse schmieden bzw. revitalisieren konnte, fiel Ende April Präsident Hu Jintao dieselbe Rolle im Südosten des Kontinents zu. Im Rahmen einer Rei-

se durch Brunei, die Philippinen und Indonesien, die nicht zuletzt der Teilnahme am Asien-Afrika Gipfeltreffen und den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Konferenz von Bandung diente, wurde in Jakarta ein umfassendes politisches Zusammenrücken der VR China mit Indonesien besiegelt.

Nach indonesischer Mediendarstellung war die Initiative zur Aufwertung der bilateralen Beziehungen von China ausgegangen; Verhandlungen für eine zwischenstaatliche Vereinbarung über eine strategische Partnerschaft liefen demnach seit dem APEC-Gipfeltreffen in Chile im November vergangenen Jahres auf Hochtouren.

Nach chinesischer Darstellung werden China und Indonesien mit dem am 25. April unterzeichneten Vertrag über die zukünftige strategische Partnerschaft für Frieden und Wohlstand ihrer Verantwortung gegenüber der Region gerecht. Grundlage dafür waren Maßnahmen und Konsultationen, die zu einer Verstärkung des gegenseitigen Vertrauens geführt hätten. In der gemeinsamen Erklärung über die Errichtung der strategischen Partnerschaft ist neben der ausführlichen Aufzählung der Gebiete, auf die sich diese erstrecken soll, explizit die Motivation Chinas genannt, damit auch das Verhältnis Chinas zur ASEAN zu stärken.

Die strategischen Interessen Chinas sind internationalen Beobachtern zufolge zunächst primär auf die Sicherung der Seewege von und nach China gerichtet. Indonesien kontrolliert gemeinsam mit Malaysia und Singapur die Straße von Malakka, durch die inzwischen mehr als 80% der chinesischen Ölimporte fließen sollen. Mehr als die Hälfte der weltweiten Schiffstransporte passieren diese Region und bestimmen damit ihre geostrategische Bedeutung. Einer Studie im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums zufolge ist China bemüht, die amerikanische Dominanz in der Region, die als Bedrohung und Einkreisung interpretiert wird, Paroli zu bieten und die Vereinigten Staaten aus dieser Weltregion zurückzudrängen. Das Engagement in Pakistan wird in diesem

Zusammenhang ebenso genannt wie die Kooperation des ansonsten international isolierten Myanmar.

Auch die strategische Partnerschaft mit Indonesien wird sich China aus strategischen Erwägungen heraus einiges kosten lassen. Neben der Zusage über weitere Finanzhilfen für die von dem Tsunami Ende letzten Jahres betroffenen Regionen versprach Hu Jintao dem indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono auch private chinesische Investitionen im Umfang von zehn Mrd. US\$, um die indonesische Wirtschaft wieder zu beleben. Nicht zuletzt wird es jedoch die militärische Kooperation sein, die Indonesien nun enger an die Seite Chinas getrieben hat. Seit zehn Jahren mit einem Waffenembargo der USA belegt findet der Inselstaat in China einen bedeutenden Lieferanten insbesondere leichter Waffen. Hu Jintao erklärte anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags in Jakarta explizit, dass sein Land von der Kooperation im Verteidigungsbereich mit der Sicherung der Schifffahrt in der Straße von Malakka profitieren werde. Ansonsten war die chinesische Regierung eher bemüht, den militärischen Aspekt der neuen strategischen Partnerschaft herunterzuspielen.

Anders hingegen der indonesische Verteidigungsminister, der erklärte, China sei ein hervorragender Partner im Hinblick auf die Aufrüstung seines Landes mit konventionellen Waffen. China, so Juwono Sudarsono weiter, besitze die Möglichkeiten, die Technologie und auch die Produkte der in Indonesien benötigten Spezifikation. Allerdings hoffe man auch, dass der Preis entsprechend gestaltet werde. Ohne genauer dazulegen, um welche Waffen es sich bei dem angestrebten Geschäft handeln soll, war sich die indonesische Seite sicher, innerhalb der nächsten drei Monate die Verhandlungen über chinesische Rüstungslieferungen abschließen zu können. (XNA, 19.4., 21.4., 26.4.05; Kompas Cyber Media, 14.4.05, nach BBC PF, 15.4.05; SCMP, 26.4.05; ST, 26.4., 2.5.05) -kg-

4 Historische Besuche taiwanesischer Oppositionspolitiker

Innerhalb von zwei Wochen reisten von Ende April bis Mitte Mai zwei hochrangige taiwanesischen Oppositionspolitiker auf Einladung des Zentralkomitees und des Generalsekretärs der KPCh, Hu Jintao, zu offiziellen Besuchen in die VR China. Nachdem zunächst Lien Chan (Lian Zhan), Vorsitzender der größten Oppositionspartei, die Nationale Volkspartei Kuomintang (KMT), vom 26. April bis 3. Mai fünf chinesische Städte besuchte und schließlich zu offiziellen Gesprächen mit Hu Jintao in Beijing zusammentraf, folgte ihm kurz darauf James Soong (Song Chuyu), Vorsitzender der zweitgrößten Oppositionspartei Peoples First Party (PFP), vom 5. bis 13. Mai. Für die nationalistische KMT bedeutete dies das erste offizielle Zusammentreffen der Parteispitze mit dem vormaligen politischen Gegner seit dem Ende des Bürgerkrieges 1949. Die PFP entsandte ebenfalls erstmals einen Parteivorsitzenden zu offiziellen Gesprächen.

Welch große Bedeutung die KPCh den Besuchen aus Taiwan beimaß, zeigte sich unmissverständlich darin, in welchem Maße beide Politiker wie Staatsgäste hofiert wurden. Beide wurden von Chen Yunlin, Direktor des Büros für Taiwanangelegenheiten der KPCh und des Staatsrats, auf den Flughäfen in Xi'an (Provinz Shaanxi) bzw. Nanjing (Provinz Jiangsu) empfangen. Ferner trafen Lien und Soong im Verlauf der Reise stets zu Gesprächen mit den Parteivorsitzenden der bereisten Provinzen zusammen. Den jeweiligen Höhepunkt ihres Besuchs markierte für beide der Empfang durch Staats- und Parteichef Hu Jintao in Beijing. Dort war beiden taiwanesischen Politikern außerdem zuvor die Ehre zuteil geworden, an den beiden renommierten Universitäten in Beijing, der Renmin- und der Qinghua-Universität, Reden zu halten. Staatliche Medien, wie die *Volkszeitung* und der Fernsehsender CCTV, berichteten nicht nur ausführlich über die Ankunft

der taiwanesischen Gäste, sondern auch täglich über den Fortgang ihres Besuches.

Die KPCh lockte mit einigen Zugeständnissen wie die Reiseerlaubnis für festländische Touristen nach Taiwan, das In-Aussicht-Stellen eines regulären Fluglinienverkehrs bis 2006 und eines Verzichts auf Importzölle für Obst sowie die Gleichstellung taiwanesischer und festländischer Studenten. Beide Besucher schienen den zugespielten Ball aufnehmen und ihrerseits positiv auf die angespannte Beziehung zwischen der VR China und Taiwan Einfluss nehmen zu wollen. So betonten beide Seiten immer wieder gemeinsame kulturelle und historische Wurzeln, beispielsweise anlässlich des Besuchs der Terrakotta-Armee des reichseinigenden ersten chinesischen Kaisers Qin Shi Huangdi in Xi'an durch Lien. Bei Soongs Besuch veranlasste lediglich die Tatsache, dass er in seinen Reden wiederholt die Titulierung „Republik Taiwan“ verwendete und Taiwan damit ein eigenes Staatswesen zusprach, die chinesischen Staatsmedien, ihre Live-Übertragung zu unterbrechen und stattdessen mit Kommentaren zu füllen.

Wenig Neues boten die Kommunikés, die Lien und Soong nach ihren Gesprächen mit Staats- und Parteichef Hu Jintao unterzeichneten. Zwar wird in beiden Dokumenten ein von chinesischer Seite propagierter „neuer“ Terminus für die chinesisch-taiwanesischen Beziehungen geprägt. So wurde die Ein-China-Doktrin von 1992, die von der taiwanesischen Regierung unter Chen so nicht anerkannt wird, um den Begriff „zwei Seiten, ein China“ (*liang an yi Zhong*) erweitert. Eine faktische Neuerung der Definition chinesisch-taiwanesischer Beziehungen bietet dieser allerdings nicht.

Politische Kommentatoren umschrieben die Besuche mit „Panda-Diplomatie“ und verwiesen darauf, dass ein Panda-Bären-Paar, wie es Lien kurz vor seiner Abreise geschenkt bekam, auch 1972 für das politische Tauwetter zwischen der VR China und den USA eingesetzt worden war. Die Intention

einer wohlmeinenden Geste scheint im jüngsten Fall zwar außer Frage, allerdings wurde nicht wie sonst eine Regierung, sondern ein Parteivorsitzender beschenkt. Zudem ist kritisch zu bemerken, dass von derartigen Geschenken in der Vergangenheit eher inflationär Gebrauch gemacht wurde.

Was die Intention der parteistaatlichen Führung anbelangt, kann vermutet werden, dass diese das Repertoire ihrer Taiwanpolitik um Parteiendiplomatie in Form von bilateralen Gesprächen mit – zumindest oppositionellen – Spitzenpolitikern erweitert hat, um sich auf diese Weise ihrem Ziel einer Wiedervereinigung schrittweise zu nähern. Ökonomische Anreize setzte die KPCh bereits in der Vergangenheit, wenn auch nicht in so gehäufte Form. Gleichfalls dürfte versucht worden sein, den politischen Gegner auf Taiwan, die Regierungspartei Demokratische Fortschrittspartei (DPP), durch Gespräche mit den Oppositionsparteien zu isolieren. Die chinesische Regierung hatte zudem wiederholt betont, dass Gespräche mit der taiwanesischen Regierungspartei nur dann möglich seien, wenn diese die Ein-China-Doktrin anerkenne. (RMRB 27.-14.5.05; XNA, 9.5.05; Xinhua, 25.4., 5., 10.5.05, nach BBC PF, 26.4., 7., 11.5.05; ST, 4., 6.5.05; FT, 7./8.5.05, IHT, 21.4., 4., 13.5.05; WSJ, 12.5.05; SCMP, 28.4., 6., 26.5.05; *The Economist*, 30.4., 7.5.05; FAZ, 13., 17.05.05, NZZ, 21.4.05) -kw-

5 China vertritt Taiwan in der WHO

Am 17. Mai wurde bekannt, dass die Volksrepublik China am 14. Mai eine Vereinbarung mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über die Einbindung Taiwans in das globale Gesundheitsregime geschlossen hat, obwohl die jährliche Hauptversammlung der Organisation zum neunten Mal in Folge ein Ersuchen Taiwans um Mitgliedschaft mit Beobachterstatus abgelehnt hatte.

Gao Qiang, der chinesische Gesundheitsminister, gab in einem Inter-

view bekannt, Taiwan sei vorab weder einbezogen noch über das zwischen China und der WHO unterzeichnete Memorandum of Understanding informiert gewesen. Es handle sich jedoch, so Gao weiter, um ein großes Geschenk seiner Regierung an die Landsleute in Taiwan. Auch die von der 58. Generalversammlung in Genf am 23. Mai verabschiedeten neuen Regularien der WHO erlauben nach chinesischer Lesart weiterhin keine Mitgliedschaft Taiwans in der internationalen Organisation, da diese nach wie vor ausschließlich souveränen Staaten vorbehalten sei.

Im Rahmen der bilateralen Vereinbarung der VR China mit der WHO soll es dem Sekretariat der Organisation zukünftig gestattet sein, Mediziner und Experten des Gesundheitswesens einzuladen und diesen auf individueller Basis die Teilnahme an technischen Aktivitäten zu ermöglichen. Sollte dies notwendig werden, könnten die taiwanesischen Experten als Herkunft „China, Taiwan“ nennen. Auch die WHO könne der Vereinbarung gemäß zukünftig Experten nach Taiwan entsenden, um Fragen des Gesundheitswesens mit dortigen Experten zu diskutieren oder technische und medizinische Unterstützung zu gewähren. Letzteres gelte auch im Falle des Ausbruchs einer Seuche, sofern auswärtige Hilfe nötig werde.

Der Inhalt dieser Übereinkunft ohne taiwanesisches Zutun oder Wissen wurde von chinesischer Seite pikanterweise erstmalig hochrangigen taiwanesischen Oppositionspolitikern eröffnet, die sich zu einem Besuch in der VR China aufhielten. Ein chinesischer UN-Vertreter erklärte das Vorgehen seines Landes damit, dass es zwar gegenwärtig einige politische Probleme zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße gäbe, die Gefahren durch ansteckende Krankheiten jedoch unabhängig davon bestünden und keinen Aufschub bis zu einer Lösung der Probleme zwischen China und Taiwan duldeten. China habe daher im Interesse der Sache ein spezielles Arrangement mit der WHO erwirkt, bevor eine Einigung auch mit Tai-

wan selbst angestrebt werden könne. Über den Inhalt dieser mit der WHO getroffenen Sondervereinbarung werde man die taiwanesischen Seite im Übrigen zu gegebener Zeit und über angemessene Kanäle informieren. (SCMP, 17.5.05; XNA, 26.5.05; CNA online, 29.5.05, nach BBC PF, 30.5.05; ZXS, 26.5.05, nach BBC PF, 27.5.05) -kg-

6 Pakistan – Geschenke fördern die Freundschaft

Anfang April startete der chinesische Premier Wen Jiabao mit einer siebzigköpfigen Delegation – darunter viele Minister – zu einer groß angelegten Südasienreise. Erste Station der Reise war mit Islamabad der alte Partner Pakistan. Obwohl China über Jahrzehnte zu seinem südlichen islamischen Nachbarn gestanden hatte, war es in Pakistan im Zuge der US-Offensive gegen den Terrorismus trotz gegenteiliger Beteuerungen gegenüber der neuen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten ins Hintertreffen geraten. Auch die Bemühungen um die Einleitung einer engeren Zusammenarbeit mit Pakistans Erzrivalen Indien, dem primären zukünftigen Partner und zugleich auch größten Konkurrenten Chinas in Asien, trugen in den letzten Jahren nicht zu einer Verbesserung der chinesisch-pakistani-Allwetterfreundschaft bei.

Neue Impulse und damit auch wieder bessere Perspektiven für eine strategische Kooperation konnte erst wieder im Jahre 2003 die gemeinsame Erklärung Hu Jintaos und General Pervez Musharraf über einen angestrebten Vertrag über Freundschaft und gutnachbarliche Beziehungen im Zuges des Besuchs des Letzteren in Beijing bieten. Dass es mit den bilateralen Beziehungen nicht zum Besten bestellt war, zeigt die lange Spanne, die zwischen der bilateralen Absichtserklärung und der Vertragsunterzeichnung jetzt in Islamabad lag. Die VR China musste im Vorfeld offensichtlich einiges aufbieten, um Pakistan im eigenen strategischen Interesse wieder enger an sich zu binden. Die chinesischen Verlockungen

finden sich traditionell im Bereich der militärischen Zusammenarbeit bzw. im Hinblick auf Großprojekte zur kombinierten zivilen und militärischen Nutzung. Das zweite pakistanische Kernkraftwerk war in den neunziger Jahren ein solches Projekt. In der jüngeren Vergangenheit war es die noch nicht abgeschlossene Errichtung des Tiefseehafens von Gwadar – ein Unternehmen, für das die VR China neben dem technischen Know-how über Kredite und Schenkungen allein 198 Mio. US\$ von geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 250 Mio. US\$ trägt.

Im Vorfeld des Besuchs Wen Jiabaos war es nun auch erneut der Militärbereich, in dem China zu punkten suchte. So wurde zeitgleich mit Wens Aufenthalt die künftige Produktion von chinesischen vielseitig einsetzbaren FJ-17 Kampfflugzeugen in Pakistan gefeiert. Die pakistanische Regierung betonte dabei, dass die Luftwaffe des Landes im Zuge des chinesischen Technologietransfers damit erstmalig nicht mehr ausschließlich von der Bereitschaft von Drittländern zur Lieferung von Militärflugzeugen abhängig sein werde. Die relativ moderne chinesische FJ-17 soll künftig das Rückgrat der pakistanischen Luftstreitkräfte bilden.

Da aber nur eine Woche vor dem Besuch Wens in Pakistan die USA der Lieferung von modernsten F-16 Kampfflugzeugen an Pakistan zustimmten und damit ganz offensichtlich die enge Kooperation Islamabad während der letzten Jahre belohnte, musste die chinesische Regierung weitere Zugeständnisse an den alten Allwetterpartner machen: China erklärte sich bereit, vier Freigatten des Typs F-22P an Pakistan zu liefern. Diese werden mit Spezialhelikoptern zur Bekämpfung von U-Booten ausgerüstet sein. Ferner werden auch diese Rüstungsgüter nicht in China, sondern im Rahmen des militärtechnologischen Wissenstransfers in Pakistan selbst gefertigt werden. Weder über den Zeitpunkt der Produktion noch über den Preis wurde etwas verlautbart.

Während des Staatsbesuchs wurden nicht weniger als 20 bilate-

rale Vereinbarungen unterzeichnet (siehe *Data Supplement*). Neben einem Vertragswerk zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, das China mit weiterer nicht rückzahlbarer Finanzhilfe im Umfang von 50 Mio. US\$ unterstützen wird, und einer Absichtserklärung im Hinblick auf die Errichtung einer gemeinsamen Freihandelszone waren insbesondere der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gutnachbarliche Beziehungen sowie eine erste Vereinbarung über die Kooperation im Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und religiösen Radikalismus von Interesse.

Sowohl im Nachbarschaftsvertrag als auch in der Erstvereinbarung zur Terrorismusbekämpfung fehlen bislang jedoch konkrete Inhalte, die über die Einrichtung eines regelmäßigen Mechanismus für einen hochrangigen Dialog auf diesem Gebiet hinausgingen. So wurde in den öffentlichen Erklärungen, die den Vieraugengesprächen zwischen Wen und seinem Amtskollegen Shaukat Aziz und den Konsultationen unter Beteiligung der gesamten chinesischen Regierungsdelegation folgten, zwar die multidimensionale und kooperative Allwetterpartnerschaft zwischen den beiden Staaten beschworen. Die chinesische Seite sah sich jedoch genötigt, die Unterzeichnung des ersten Antiterrorabkommens mit einem Appell für eine Verbesserung der Sicherheitszusammenarbeit zu verbinden. (WSJ, 4.4.05; PTV World, 5., 6.4.05, nach BBC PF, 6., 7.4.05; XNA, 5.4.05; IHT, 7.4.05; Associated Press of Pakistan, 5.4.05, nach BBC PF, 6.4.05; Xinhua, 5.4.05, nach BBC PF, 6., 7.4.05) -kg-

7 China bremst die UN-Reform

Kurz nachdem UN-Generalsekretär Kofi Annan im März des Jahres dafür plädiert hatte, eine Entscheidung über die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen spätestens auf der Plenarsitzung im September zu fällen, trat die VR China in Totalopposition. Während Annan nach zehnjähriger Diskussi-

on eine Reform nach einem der zwei ausgearbeiteten Modelle noch in seiner Amtszeit sehen möchte, befürchtet China eine Spaltung der UNO im Falle einer übereilten und möglicherweise nicht ausreichend legitimierte Reformentscheidung.

Den Vorstellungen Annans, man könne die Lösung der anstehenden Fragen auch mit einem Mehrheitsvotum herbeiführen, hielt der chinesische UN-Botschafter Wang Guangya entschieden entgegen. Obwohl die UN-Charta für die Reformierung des Sicherheitsrats eine Mehrheit von zwei Dritteln der 191 Mitgliedsstaaten einschließlich der derzeit noch fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats verlangt, fordert die chinesische Regierung nunmehr die Konsenslösung aller Mitglieder. Das chinesische Spiel auf Zeit kommt in einer Situation, da sich eine deutliche Mehrheit für das Reformmodell abzuzeichnen schien, die u.a. Japan den Status eines neuen ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats beschere könnte. Die VR China möchte dies in jedem Fall verhindern, unterstützt Indien und hält sich bei den anderen aussichtsreichen Kandidaten Brasilien und Deutschland sehr bedeckt. Auch die Vereinigten Staaten lassen sich in dieser Frage bislang nicht festlegen.

Mit ihrem Widerstand gegen eine Beschleunigung des Reformprozesses ist die VR China nicht mehr allein. Zuletzt mehrten sich die kritischen Stimmen aus den Entwicklungsländern. Die Zweifler aus diesen Reihen bedient denn auch die offizielle chinesische Argumentation. Warnte China zunächst nur vor einer möglichen Spaltung der UNO und einer Fortschreibung mangelnder Repräsentation von Entwicklungsländern in den entscheidenden UN-Gremien, so beschwor UNO-Botschafter Wang seit Anfang April insbesondere die Gefahr, andere wichtige Themen – insbesondere das Problem der Entwicklung – könnten unter der Fokussierung auf den Sicherheitsrat leiden oder gar in Frage gestellt werden.

Um nicht ausschließlich als hemmende Kraft zu gelten, präsentier-

te Wang der UNO Ende April einen Katalog von sechs Punkten, die im Reformprozess zu beachten seien. Darunter eine größere Repräsentativität des zukünftigen reformierten Sicherheitsrats durch eine verbesserte Vertretung der Entwicklungsländer aber auch ein Zuwachs an Autorität, eine Erhöhung der Effizienz und Transparenz der Arbeit dieses höchsten UN-Gremiums. Im Tenor laufen diese Vorschläge jedoch auf eine Entschleunigung der Reformierung hinaus. Durch intensives Nachdenken, geduldige Konsultationen etc. soll der breitest mögliche Konsens erreicht werden, so Wang. Ein Reformvorschlag, der nicht von mindestens 90% der Mitgliedsstaaten getragen werde, stelle hingegen keinen wirklichen Konsens dar, ergänzte er mit Blick auf den derzeitig favorisierten Plan. (WSJ, 4.4.05; HB, 6.4., 8.4.05; XNA, 7.4., 28.4.05; IHT, 8.4.05) -kg-

8 Australien erkennt China als Marktwirtschaft an

Während eines Staatsbesuchs des australischen Premierministers John Howard bei seinem chinesischen Amtskollegen Wen Jiabao konnte China am 18. April in Beijing einen kleinen diplomatischen Triumph feiern. Beide Staaten unterzeichneten ein Morandum of Understanding, in dem Australien zum einen China als volle Marktwirtschaft anerkennt, zum anderen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen ankündigt. Bislang wird China nur von wenigen Ländern als Marktwirtschaft anerkannt, weil es in dem Land noch zu viele staatliche Eingriffe in das wirtschaftliche Geschehen gäbe. Die EU hatte der Volksrepublik erst im vergangenen Jahr diesen von chinesischer Seite begehrten Status versagt.

Australien ist sehr an einer Ausweitung der wirtschaftlichen Kooperation mit China interessiert. Die Volksrepublik steht mittlerweile auf Rang drei der australischen Handelspartner und bildet den zweitgrößten Exportmarkt für australische Waren. Nach dem zeitlichen Horizont für den Abschluss eines

Freihandelsabkommens befragt, äußerte sich jedoch auch Australiens Premierminister zurückhaltend. Es gäbe zwar auf beiden Seiten guten Willen, dieser allein reiche jedoch nicht aus. Mit einem Abschluss der Verhandlungen sei auch im kommenden Jahr noch nicht zu rechnen.

So interessiert wie Australiens Regierung an einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit China ist, so distanziert zeigt sie sich gegenüber den chinesischen Avancen im Hinblick auf einen Ausbau der politischen Beziehungen. Während Wen Jiabao dem australischen Premier eine Reihe von politischen Vorschlägen unterbreitete, die die Verbesserung des politischen Vertrauensverhältnisses, den Wunsch nach engeren politischen Bindungen, die Verbesserung der Kommunikation über zentrale Fragen der internationalen Politik und eine intensiviertere Konsultation und Koordination der Außenpolitik ebenso beinhalteten wie den Appell zur Stärkung von Konsultationen im Sicherheitsbereich, ging Howard auf diese politischen Initiativen nicht ein.

Der australische Premier attestierte den bilateralen Beziehungen zwar gute Fortschritte auf allen Feldern. Er beschränkte sich in der Konkretisierung dieser Aussage jedoch auf die wirtschaftlichen Aspekte der Zusammenarbeit. (Xinhua, 18.4.05, nach BBC PF, 20.4.05; ST, 20.4.05) -kg-

9 China befürwortet das Massaker in Usbekistan

Im Anschluss an das Massaker, das Regierungstruppen am 13. Mai an Demonstranten im usbekischen Andijan nur etwa 160 km von der chinesischen Grenze (Xinjiang) entfernt anrichteten, enthielt sich die chinesische Regierung zunächst für etwa zehn Tage jeglichen Kommentars. Damit sah sie sich Seite an Seite mit Indien, während Russland sofort Unterstützung für die usbekische Regierung und deren gewalttätiges Vorgehen signalisiert hatte. Nach divergierenden Angaben waren dort zwischen 169 (Regierungs-

zahlen) und 700 Menschen ums Leben gekommen, als die Armee Demonstrationen von 10.000 bis 20.000 Teilnehmern gewaltsam auflöste.

Einen Tag vor dem Beginn eines länger geplanten Staatsbesuchs des usbekischen Präsidenten Islam Karimow in China am 25. Mai wurde auch das chinesische Schweigen beendet. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Kong Quan nahm Bezug auf die blutige Niederschlagung der Demonstrationen im Nachbarland und erklärte, China unterstütze alle Anstrengungen der usbekischen Regierung in der Bekämpfung der bösen Kräfte Terrorismus, Separatismus und Extremismus. Kong unterstrich weiterhin die Bedeutung der Shanghai Cooperation Organization für die Sicherung von Stabilität und Sicherheit in Zentralasien. Insbesondere unter den gegenwärtigen Bedingungen, so Kong später ergänzend, da sich die Region Zentralasien der Bedrohung durch Separatismus und Extremismus ausgesetzt sähe, teilten China und Usbekistan viele Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen.

Der eigentliche Anlass für diese Stellungnahmen des chinesischen Außenministeriums noch nachdem das internationale Presseecho eigentlich schon wieder fast verhallt war, war jedoch offensichtlich der unmittelbar bevorstehende Besuch Karimows in Beijing. Präsident Hu Jintao bezeichnete Karimow bei dessen Ankunft als einen alten Freund des chinesischen Volkes und unterstrich damit die Verbundenheit seiner Regierung mit der des Nachbarlandes. Anlass des Besuches war die Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens zur Stärkung von Partnerschaft, Kooperation und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Aus dem chinesischen Außenministerium verlaute, dieser neue Vertrag werde die politische und rechtliche Grundlage für die weitere Stärkung der chinesisch-usbekischen Beziehungen bilden.

Über allgemein gehaltene diplomatische Floskeln hinaus wurde vom eigentlichen Inhalt nichts bekannt.

Zeitgleich wurde auch ein Joint-Venture-Vertrag zwischen der China National Petroleum Corporation und der Uzbekistan National Oil and Gas Corp. unterzeichnet, der mit einem Volumen von 600 Mio. US\$ ein Licht auf die eigentlichen Interessen der Volksrepublik China fallen lässt. (WSJ, 24.5., 25.5.05; IHT, 25.5., 27.5.05; FT, 26.5.05; Uzbek Television second channel, 25.5.05, nach BBC PF, 26.5.05; XNA, 25.5.05; *Die Zeit* online, 4.6.05; *The Economist*, 4.6.05) -kg-

10 Neuer Dialogmechanismus zwischen China und den USA

Anfang April wurde bekannt, US-Präsident Bush habe grünes Licht für regelmäßige Konsultationen zwischen China und den Vereinigten Staaten auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister gegeben. Dieser regelmäßige Konsultationsmechanismus, der von der VR China lange gewünscht worden war, kommt dem chinesischen Selbstverständnis als gleichberechtigter Partner entgegen.

Offiziell hatte Präsident Hu Jintao im November vergangenen Jahres am Rande des Asia-Pacific Cooperation Summit die Eröffnung eines strategischen Dialogs vorgeschlagen. Dazu wird es jedoch auch jetzt vorerst nicht kommen. Vielmehr wurde der zukünftige bilaterale Konsultationsmechanismus von amerikanischer Seite als globaler Dialog bezeichnet. Hinter dieser abweichenden Sprachregelung verbirgt sich ein fein abgestuftes System zur Bewertung bilateraler Beziehungen. Der Terminus strategischer Dialog ist auf amerikanischer Seite für die regelmäßigen Konsultationen mit engen Partnern und Verbündeten wie Japan oder die EU reserviert. Dennoch ist auch mit dem jetzt bekannt gegebenen Dialogforum eine Aufwertung der bilateralen Beziehungen verbunden, die während der ersten Amtszeit Bushs kaum möglich erschienen war.

Obwohl bislang lediglich bekannt wurde, dass Themen von strategi-

scher Bedeutung behandelt werden sollen, wurde die Nachricht vereinzelt bereits als Durchbruch gewertet. Zu erwarten ist, dass die chinesische Seite, die im Vorfeld bereits zum wiederholten Male größere Transparenz in militärischen Angelegenheiten versprach, insbesondere die Taiwan-Frage und die diesbezügliche amerikanische Position erörtern möchte. Von den USA wird hingegen erwartet, dass sie das neue Forum nutzen wollen, um China zu einem Umdenken in seiner Politik gegenüber Staaten wie Myanmar, dem Sudan, Iran oder Nepal zu bewegen.

Ob also angesichts derartig unterschiedlicher Agenden aus dem Dialogmechanismus mehr werden kann als ein Beitrag zum chinesischen Prestige als *global player*, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher fraglich. Schließlich existiert – mit Unterbrechungen – bereits seit 1997 ein ähnlicher Mechanismus für Konsultationen im militärischen Bereich. Zwar fand Ende April in Washington die siebte Runde derartigen bilateralen Gespräche auf hoher diplomatischer Ebene statt, doch wird von amerikanischer Seite nach wie vor mangelnde Transparenz und Offenheit auf Seiten der chinesischen Dialogpartner beklagt. Während die chinesische Delegation dem Vernehmen nach lediglich das öffentlich zugängliche Militär-Weißbuch vorstellte, erläuterte die amerikanische Seite ihre Pläne für die Veränderungen in ihrer weltweiten Truppenstationierungen – ein Thema, das zumindest im Hinblick auf den asiatisch-pazifischen Raum von unmittelbarem Interesse ist. (FAZ, 9.4.05; SCMP, 9.4., 10.4.05; XNA, 30.4.05; Xinhua, 30.4.05, nach BBC PF, 1.5.05) -kg-

11 Ende der UN-Lebensmittelhilfen an China

Am 7. April erreichte die letzte Lieferung aus dem World Food Programme der Vereinten Nationen China. Die mehr als 43.000 t kanadischen Weizens im Wert von ca. 7,2 Mio. US\$ sollen im Rahmen nationaler Armutsbekämpfungsprogramme in Gansu, Shanxi, Guangxi und

Ningxia verteilt werden. Bereits im Februar 2002 waren China und die Leitung des World Food Programme zu einer grundsätzlichen Einigung über die schrittweise Einstellung der Lebensmittelhilfen an die VR China gelangt. Erst im letzten Dezember allerdings wurde beschlossen, die Lieferungen bis spätestens zum Ende des Jahres 2005 auslaufen zu lassen.

China bezog seit 1979 insgesamt Lebensmittelhilfen im Gesamtwert von mehr als einer Mrd. US\$, um damit 30 Mio. Menschen in Armutregionen zu unterstützen. Erst kürzlich kam eine UN-Studie zu dem Ergebnis, dass große Staaten mit mittleren Nationaleinkommen wie Brasilien, Malaysia, Mexiko, Südafrika und nicht zuletzt auch China durchaus selbst in der Lage seien Regionen extremer Armut im eigenen Land hinreichende Hilfe angedeihen zu lassen.

Im Hinblick auf die Einstellungen der Lebensmittelhilfen an China erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, in seinem Land lebten zwar nach wie vor etwa 29 Mio. Menschen in Armut, angesichts der weltweit 850 Mio. Betroffenen werde die VR China nunmehr jedoch ihrerseits mit Geldspenden zur Finanzierung des World Food Programme beitragen. Damit solle man jedoch nicht sofort rechnen, und die finanziellen Beiträge Chinas werden sich an den Möglichkeiten des Landes orientieren. (SCMP, 1.4.05; XNA, 7.4.05) -kg-

Innenpolitik

Heike Holbig / Katrin Willmann

12 Neue Führungsgruppe für Energie unter der Leitung Wen Jiabaos

Unter der Leitung von Ministerpräsident Wen Jiabao ist Anfang Juni eine hochrangig besetzte Führungsgruppe des Staatsrats für Energiefragen gebildet worden. Neben Wen